



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und
Forschung**

Ratingen [u.a.], 1971

Studentenparlament

urn:nbn:de:hbz:466:1-8193

ter Studiengänge ganz von der Promotion auszuschließen (z. B. Absolventen praxisorientierter Studiengänge).

Technische Hochschule Aachen

Studentenparlament

Das SP der RWTH Aachen hat mehrfach die Errichtung von integrierten Gesamthochschulen (i GHS) gefordert; es begrüßt daher die Initiative des Ministers, die i GHS als Regelhochschule einzuführen. Es stimmt dem Minister auch darin zu, daß neue Zielvorstellungen für die Studienreform erarbeitet werden müssen. Das SP hat jedoch Bedenken, ob es beim gegenwärtigen Stand der Reformdiskussion dem Land NRW möglich ist, notwendige inhaltliche Reformen der Studiengänge unabhängig und demokratisch durchzuführen. Es erwartet vom Minister, daß er dafür sorgt, daß in dem geplanten Beirat für die Hochschulreform alle Hochschulgruppen demokratisch legitimiert vertreten sind und dieser Beirat transparent arbeitet, d. h. auch die Zwischenergebnisse seiner Arbeit der betroffenen Öffentlichkeit zur Diskussion stellt. Die Reform von bestimmten Studiengängen darf nicht an andere Bundesländer delegiert werden. Bedenken hat das SP auch dagegen, daß in den Thesen weiterhin von einem „gestuften System von Studienabschlüssen“ gesprochen wird. Das SP fordert, daß die Regelabschlüsse der i GHS einander statusmäßig gleich sind und sich nur dem Schwerpunkt des Studiums nach unterscheiden, ebenso ist eine horizontale Durchlässigkeit der Studiengänge zu gewährleisten. Nur so ist zu garantieren, daß die i GHS über den verbalen Reformanspruch hinausgelangt.

Das SP begrüßt, daß der Minister sich noch nicht auf eine bestimmte Organisationsform der i GHS festgelegt hat. Es erwartet daher, daß die in den „Thesen“ geäußerten Vorstellungen alsbald aufgegeben werden, da sie nicht geeignet sind, die Bildung von i GHS voranzutreiben, sondern vielmehr die Gefahr beinhalten, die kooperative Phase zu perpetuieren.

Das SP fordert mit allem Nachdruck die Erstellung eines Zeitplanes, der die einzelnen Stufen der Integration zeitlich festlegt und so einen Handlungszwang herbeiführt. Anderenfalls scheint dem SP die Gefahr zu groß, daß die Partikularinteressen – besonders der Lehrkörper der einzelnen Institutionen – die Integration ungebührlich verzögern oder gar verhindern.

Insbesondere sollte vorgeschrieben werden, daß

- neue Fachbereiche nur integriert eingerichtet werden,
- der Konvent der i GHS innerhalb eines Jahres gebildet und gewählt wird,
- der Gesamtsenat vom Gesamtkonvent gewählt wird,
- der Gesamtsenat unmittelbar Berufungs- und Haushaltskompetenz erhält,
- nach drei Jahren die Studienberechtigung für *alle* Abteilungen gilt,
- die neuen Studiengänge innerhalb von zwei Jahren zu erarbeiten sind.

Bis zur Bildung der gemeinsamen Organe sollten die von der GEW vorgeschlagenen gemeinsamen Planungskommissionen eingesetzt werden und die vorbereitenden Arbeiten übernehmen. Das SP der RWTH Aachen erwartet vom Minister, daß er die begründete Kritik der Betroffenen aufnimmt und die modifizierten Thesen in Gesetzesform alsbald dem Kabinett und dem Landtag zuleitet.

gez. Claus Haase (UHU)

Vom SP bei einer Stimmenthaltung am 12. 5. 71 angenommen.